

Medienkonferenz

„Wirtschaftslage, konjunktureller Ausblick und wirtschaftspolitische Prioritäten 2010“

Montag, 23. November 2009

Es gilt das gesprochene Wort

Bildung: Klasse statt Masse anstreben!

Dr. Pascal Gentinetta, Vorsitzender der Geschäftsleitung

Sehr geehrte Damen und Herren

Bildung ist eine der wichtigsten Faktoren gesellschaftlicher und wirtschaftlicher Prosperität. Kompetenzen zu fördern und Talente zu stärken, sind die Eckpfeiler von Innovation und Fortschritt und somit die Grundlage nachhaltigen Wachstums. Vor diesem Hintergrund darf das Thema Bildung nicht nach Bildungsstufe zerstückelt betrachtet werden, sondern ist umfassend und ganzheitlich anzugehen. Im politischen Diskurs wird die Bedeutung der Bildung zwar allseits gross geschrieben. Die Gefahr ist aber vorhanden, dass dieses Thema zu einer Art „Worthülse“ mutiert, von dem zwar alle gerne sprechen, aber dessen Inhalt verloren geht.

Bildung ist die Stärkung der Fähigkeiten und das Erlernen von Fertigkeiten. Diese schlichte Definition ist unser Wegweiser zur Beurteilung der Wirksamkeit des Bildungssystems Schweiz. Selbstverständlich setzt sich economiessuisse für eine klare finanzielle Priorisierung der Bildung im Verteilungskampf um knappe öffentliche Mittel ein, die sich insgesamt im Rahmen von nachhaltigen Finanzen zu bewegen haben. Dass die Förderung von Kompetenzen der Bürger im Vordergrund stehen muss, bedeutet nicht, dass dabei die Investitionen und die daraus resultierenden Kosten vernachlässigt werden. Im Gegenteil. Die zunehmende internationale Vergleichbarkeit schafft dabei einen potentiellen Benchmark, um Bildungssysteme zu evaluieren. Nehmen wir das öffentliche Bildungsangebot der Schweiz: Einerseits darf man sagen, dass die Ergebnisse unseres Systems – gemessen an der PISA-Studie oder anhand der Arbeitslosenquote von Schul- bzw. Hochschulabgängern – im internationalen Kontext gut bis sehr gut sind. Andererseits ist die Schweiz auch bei den Bildungsausgaben Spitzenreiter (vgl. Grafik 1). Beide Seiten, Investitionskosten und Ertrag, sind kritisch zu analysieren und gemeinsam bei der Beurteilung schulischer Effizienz in Betracht zu ziehen. Hier geht es nicht um eine Ökonomisierung der Bildung. Hingegen braucht es Transparenz und Vergleichbarkeit der Leistungen von Bildungsinstitutionen, um daraus Fehler zu erkennen und diese zu beheben. Vielfach ist dies heute immer noch nicht möglich.

economiesuisse setzt sich auf allen Stufen ein

Seit längerem beschäftigt sich economiesuisse mit sämtlichen Bildungsstufen in einem umfassenden Ansatz:

Im Bereich der obligatorischen Schule hat sich economiesuisse zum Beispiel für HarmoS engagiert. Unser föderalistisches System ist so zu nutzen, dass der Bildungserfolg der Kantone vergleichbar und transparent wird. Dies vereinfacht, die allgemeinen Bildungsziele besser zu erreichen. Eines der dringendsten Ziele ist zudem die bestmögliche Vorbereitung der Schulabgänger nicht nur auf das Gymnasium, sondern auch auf die Berufslehre: Sehr viele Schüler müssen sich bereits nach der Volksschule auf dem Arbeitsmarkt und in Unternehmen behaupten. Für die Wirtschaft ist deshalb die Forderung zentral, dass die Anliegen und Bedürfnisse der Lehrbetriebe berücksichtigt werden. Die Diskussion zwischen Wirtschaft und Bildungsbehörden muss dabei intensiviert werden; in erster Linie im Interesse der Schüler.

Auch auf der Sekundarstufe II ist Transparenz ein Hauptanliegen von economiesuisse. Durch das jüngste ETH-Ranking wurden zum ersten Mal Unterschiede der Leistungserfolge von Gymnasien sichtbar. Diese Transparenz gilt es weiter auszubauen. Daneben setzen wir uns stark für das duale Bildungssystem ein, das sich in der heutigen Form bewährt hat. Das System schafft durch seine Durchlässigkeit mehrere Königswege und wird deshalb international gelobt. Entsprechend mit Unverständnis nahmen wir die Aussagen der Akademien der Wissenschaften zur Kenntnis, das duale Bildungssystem sei ein Auslaufmodell und es sei eine Maturitätsquote von 70 Prozent anzustreben. Denn gerade die Verbundpartnerschaft zwischen Bund, Kantonen und der Berufswelt, das Zusammenspiel zwischen Theorie und Praxis, ist eine der grossen Stärken der Schweiz.

Die zentralen Forderungen auf tertiärer Stufe sind die Profilierung der einzelnen Hochschulen und die Erhöhung des Wettbewerbs. Durch die Bologna-Reform laufen die Fachhochschulen Gefahr, ihre praxisorientierte Ausrichtung zu verlieren und sich immer mehr den Universitäten anzugleichen. Dies darf nicht geschehen. Zudem muss dem „globalen Supermarkt“ der besten Studierenden Rechnung getragen werden. Dies kann nur erreicht werden, wenn Schweizer Universitäten zu den besten dieser Welt gehören. Einzig die ETH's und die HSG erfüllen unseres Erachtens momentan dieses Kriterium der internationalen Ausstrahlung. Forschung und Innovation muss sich im Verbund mit der Privatwirtschaft entwickeln. Die Schweiz als eines der innovativsten Länder dieser Welt (vgl. Grafik 2) hat immer noch ein grosses Potential in der praktischen Nutzung und ökonomischen Verwertbarkeit ihrer Ideen.

Stark überarbeitungsbedürftiges Hochschulförderungsgesetz

Vor diesem Hintergrund beurteilten wir kritisch das geplante Bundesgesetz über die Förderung der Hochschulen und die Koordination im schweizerischen Hochschulbereich (HFKG). Dessen hehre Ziele können wir voll und ganz unterschreiben. Jedoch „hapert“ es bei der gesetzgeberischen Umsetzung, die sich – wegen dem bürokratischen und regionalistischen Ansatz – durch zahlreiche Inkonsistenzen und Widersprüche kennzeichnet. Es besteht die Gefahr der Nivellierung. Gegenüber dem Status Quo stellt der Entwurf zwar eine Verbesserung dar: Die Zahl der Steuerungsorgane wird reduziert und die Finanzierung anhand von definierten Referenzkosten schafft Transparenz. Dennoch vermag die Vorlage sonst in einigen zentralen Punkten nicht zu überzeugen:

- **Fehlende Checks and Balances:** Mit 26 kantonalen Repräsentanten in der Plenarversammlung sowie 14 im Hochschulrat sind die Kantone gegenüber dem Bund mit nur einer Person massiv übervertreten. Auch wenn der Bund ein Veto-Recht besitzt: In einer solchen Konstellation wird es faktisch äusserst schwierig werden, die Interessen des Bundes gegenüber den Kantonen zu verteidigen. Dies ist besonders fragwürdig, da gerade die Plenarversammlung die Referenzkosten festlegt, wo es auch um die Verteilung von Bundesgeldern geht. Zudem ist der neu geschaffene

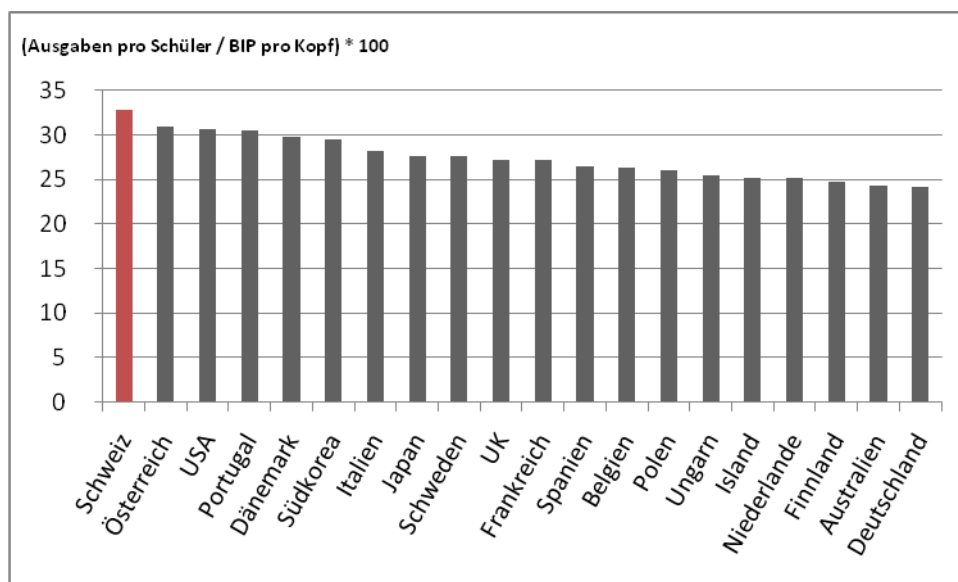
Akkreditierungsrat nicht unabhängig, da er von der Hochschulkonferenz gewählt wird. Schliesslich ist die Wirtschaft in den Gremien nur beratend vertreten. Ein Mitbestimmungsrecht besitzt sie nicht, obwohl sie die Hauptabnehmerin der Hochschulabsolventen ist. Es ist zentral, dass die Berücksichtigung der Anforderungen und Bedürfnisse der Wirtschaft besser institutionalisiert werden.

- **Fehlender Wettbewerb und fehlende Autonomie:** Zwar wird die Autonomie der Hochschulen im HFKG gross geschrieben. Konkret wird dieses Postulat aber nicht umgesetzt. Das Gesetz orientiert sich zu stark an der Planwirtschaft statt am Wettbewerbsgedanken. Die „von oben“ verordnete Koordination ist auf das absolute Minimum (teure Lehrgänge) zu beschränken. Die jeweiligen Kantone bzw. der Bund als Eigentümer ihrer Hochschulen sollten nur die strategische Ausrichtung über Leistungsverträge festlegen. Autonomie wird erst sichergestellt, wenn eine Good Governance-Struktur von den Hochschulträgern gefordert wird. Der Verfassungsartikel schreibt aber keine so starke Planung und Koordination vor, wie sie das HFKG umsetzt.
- **Masse statt Klasse:** Das Modell der Referenzkosten, nach dem sowohl die Bundesgelder verteilt werden als auch der interkantonale finanzielle Ausgleich stattfindet, orientiert sich an den durchschnittlichen Kosten pro Student. Zur Berechnung werden damit rein quantitative Grössen herangezogen. So können die Anzahl Studierenden oder die Abschlüsse als Indikator für die Lehre verwendet werden. Als Folge davon werden die Universitäten versuchen, möglichst viele Studenten anzuziehen oder möglichst vielen Studenten den Abschluss zu ermöglichen. Dies schafft man am einfachsten durch eine Senkung der Leistungsanforderungen. Anstelle sich an der Qualität der Studenten auszurichten, wird man sich an der Masse orientieren. Die Eintrittsbarrieren an Hochschulen werden gesenkt und die Abschlussraten auf Kosten der Qualität erhöht. Dringend notwendig sind daher zusätzlich Qualitätskriterien, die sich aber nicht auf den Input sondern auf den Output (z.B. die Arbeitsmarktfähigkeit der Absolventen) beziehen.

Das HFKG orientiert sich zu stark an der gegenwärtigen Hochschullandschaft. Ohne Korrektur durch das Parlament wird man die grosse Chance verpassen, das Schweizer Wissenschaftssystem international kompetitiver zu machen. Denn die vorgeschlagenen Strukturen führen dazu, dass Exzellenz, Autonomie und Marktorientierung nicht hinreichend in den Vordergrund gestellt werden. *economiesuisse* hat bereits auf diese Schwachstellen des Gesetzesentwurfs hingewiesen. Wir werden die weitere parlamentarische Arbeit eng mit verfolgen und uns weiterhin für eine Verbesserung der Vorlage in diesem Sinne einsetzen.

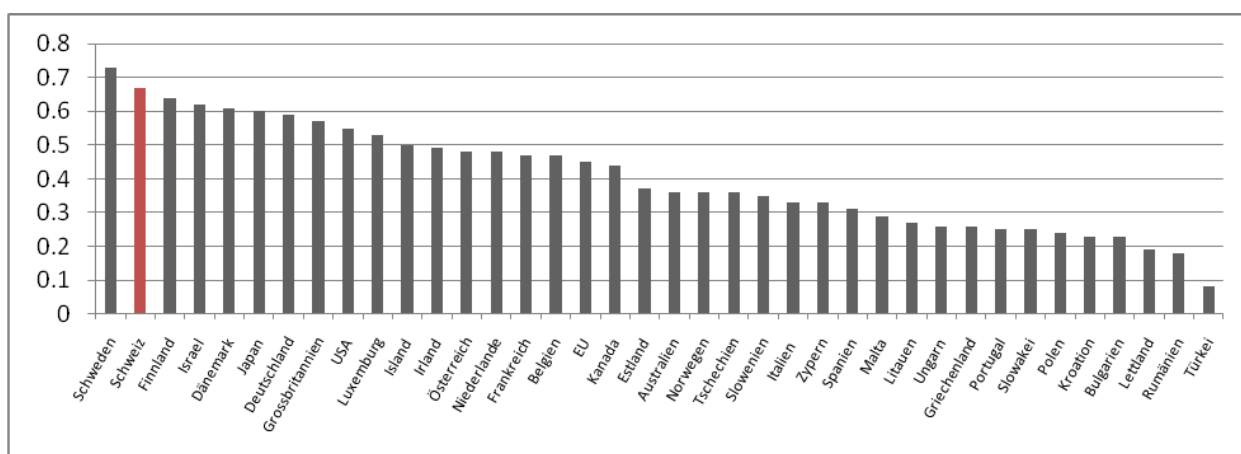
economiesuisse wird Bildung weiterhin umfassend auf allen Stufen als Kernthema verfolgen. Transparenz und Vergleichbarkeit sowie eine bessere Ausrichtung an die wirtschaftlichen Anforderungen sind unser Credo. Für die tertiäre Stufe muss der Wettbewerb in stärkerem Masse gefördert werden, damit unsere Hochschulen in einer immer internationaler werdenden Welt zu den Besten gehören.

Grafik 1: Jährliche Bildungsausgaben pro Schüler bzw. Student, relativ zum Pro-Kopf BIP Top 20 aller OECD Länder (Primar- bis tertiäre Stufe)



Quelle: Education at a Glance 2009: OECD Indicators.

Grafik 2: Innovationsleistungen im internationalen Vergleich



Der auf 25 Indikatoren beruhende Index misst die Innovationsleistung eines Landes. Je höher der Indexstand, desto grösser die Innovationsleistung.

Quelle: ILO 2007